



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 20.05.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Alexander Raue	Vorsitzender AfD-Stadtratsfraktion Halle anwesend bis 17:56 Uhr
Udo Nistriepke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) anwesend ab 16:43 Uhr
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. med. Detlef Wend	Fraktion Volt/MitBürger anwesend bis 18:23 Uhr
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehrwierder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter für Finanzen und Personal
Thomas Stimpel	Referent GB I
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
André Bartel	Controller GB II
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Mandy Krüger	Controllerin GB III
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Yves Stephan	Controller GB IV
Ivo Schneider	Abteilungsleiter Liegenschaften
Anne Malisch	Stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Vinzenz Schwarz	Geschäftsführer der Halleschen Verkehrs-AG
-----------------	--

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Finanzausschuss der Stadt Halle (Saale) hat dem verstorbenen Stadtratsmitglied Tom Wolter durch eine Schweigeminute gedacht.

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Raue**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Raue schlug vor, folgenden TOP von der Tagesordnung zu nehmen:

Öffentlicher Teil

TOP 7.3

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zu einem Moratorium für die im Kontext mit dem Zukunftszentrum stehenden Planungen

Vorlage: VIII/2025/00826

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **wurde von der antragsstellenden Fraktion in der Sitzung des APS zurückgezogen**

Weiterhin machte er auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 8.2 Mitteilung

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2025 im Fachbereich Bildung für die Schülerbeförderung

Vorlage: VIII/2025/01144

Nicht öffentlicher Teil

TOP 14.1 Mitteilung

Monatlicher Bericht zu personalrechtlichen Angelegenheiten - April 2025

Vorlage: VIII/2025/01160

TOP 14.2 Mitteilung

Berichterstattung zu Grundstücksgeschäften der Stadt Halle (Saale) im I. Quartal 2025

Vorlage: VIII/2025/01223

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Raue** um Abstimmung über die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
 4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.04.2025
 5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.04.2025
Vorlage: VIII/2025/01148
 6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Förder- und Abschöpfungsvertrag mit der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: VIII/2025/01136
 - 6.2. Nachtragshaushaltssatzung 2025
Vorlage: VIII/2025/01153
 - 6.3. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2025 im Fachbereich Bildung für die Rückzahlung von Fördermitteln für Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VIII/2025/01052
 - 6.4. Baubeschluss für die Maßnahme „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campushaus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00986
 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einsparungen bei der HAVAG durch den Einsatz von Herbiziden
Vorlage: VIII/2025/00943
 - 7.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) für eine Kompensation der Mehrbelastungen für Grundstücksbesitzer durch die Grundsteuerreform
Vorlage: VIII/2025/00819
 - 7.3. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zu einem Moratorium für die im Kontext mit dem Zukunftszentrum stehenden Planungen
Vorlage: VIII/2025/00826
- A B G E S E T Z T**
8. Mitteilungen
 - 8.1. Berichterstattung zu befristeten Stellen der kommunalen Unternehmen
Vorlage: VIII/2025/01126
 - 8.2. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2025 im

Fachbereich Bildung für die Schülerbeförderung
Vorlage: VIII/2025/01144

9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.04.2025
12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Verlängerung und Belastung eines Erbbaurechts mit Grundschulden
Vorlage: VIII/2025/00994
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
- 14.1. Monatlicher Bericht zu personalrechtlichen Angelegenheiten - April 2025
Vorlage: VIII/2025/01160
- 14.2. Berichterstattung zu Grundstücksgeschäften der Stadt Halle (Saale) im I. Quartal 2025
Vorlage: VIII/2025/01223
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15.1. Anfrage des Stadtrates Herr Dr. Meerheim zu Personalangelegenheiten
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Haushaltsergebnis 2024

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt

Herr Raue

Und da habe ich eine Einwohnerfrage von Fragesteller 1.

Fragesteller 1

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich richte meine Frage zunächst an die Verwaltung. Ich war sehr erstaunt, Herr Bürgermeister, in der letzten Stadtratssitzung recht große Zahlen vernehmen zu dürfen. Ganz besonders interessant fand ich die Prognose, so nenne ich das mal. Die Haushaltsrechnung ist ja öffentlich noch nicht abgeschlossen. Die Prozeduren, die Sie da zu betreiben haben, werden ja noch ein Weilchen in Anspruch nehmen. Von etwa 55 Millionen Euro Haushaltsergebnis als Defizit für das Jahr 2024 und nach Abzug der Rücklagen habe ich mir gemerkt: 37,7 Millionen Euro, das ist ein richtig großer Brocken. Und

ich kann irgendwie ganz schlecht nachvollziehen, dass man das nicht hat kommen sehen. Also, im Verlauf der Haushaltsfindung für 2025 ab September, gab es ja mehrfach Gelegenheit, über Zahlen zu sprechen, auch über Risiken, die aus dem Ergebnis des 2024er Haushalts dann in den 2025er eingehen. Und da habe ich nichts in Erinnerung. Also, nichts jedenfalls im Sinne von, dass es eingepresst wurde. Es gab durch die Intervention des Landesverwaltungsamtes bezüglich des Konsolidierungskonzepts im Januar 2025 dann nochmals Gelegenheit, über diese Problematik zu sprechen, aber auch da war das nicht so. Und unter dem Strich waren sich ja alle Beteiligten einig: Der Haushalt hat ja auch in beiden Fällen, zwar mit Mühen dann im Januar, aber eine ordentliche Zustimmung erfahren.

Dahingehend, Herr Bürgermeister, würde ich gerne erstmal fragen: An welcher Stelle ist denn der Verwaltung aufgefallen, an welcher Stelle hatte Ihr Büro, hatten Sie denn Kenntnis davon, dass ein solch enormer Fehlbetrag dort im Heranwachsen ist? Und für den Fall, dass das unvorhersehbar war, hätte ich gerne gewusst, woher denn die Mittel hätten fließen sollen, die Sie, und deswegen habe ich diesen Controllingbericht vom November, per Oktober aufgestellt, beigefügt, die Sie allein im Bereich Steuern und ähnliche Abgaben zu verzeichnen hatten. Die Zahlen sind vom 5.11. und dort sind bis Ende des Monats Oktober ca. 35 Millionen Mindereinnahmen im Bereich Steuern und Abgaben aufgelaufen. Also, für den Fall, dass das tatsächlich nicht zu sehen war, dass es so endet, wie es dann geendet ist, würde ich gerne wissen, woher der Optimismus gekommen sein könnte, diese Lücke quasi noch zu schließen.

Soweit erstmal meine Eingangsfolge.

Herr Raue.

Herr Geier.

Herr Bürgermeister Geier

Was war jetzt die konkrete Frage.

Herr Raue

Na, woher der Optimismus kam, die Lücke zu schließen.

Fragesteller 1

Also, zum einen möchte ich wissen, ab wann wussten Sie denn, dass das so enden kann? Und zum anderen, falls Sie optimistisch waren, Sie könnten das, was sich hier in dem Controllingbericht darstellt, noch abwenden, hätte ich gern gewusst, wie Sie diesen Optimismus speisten. Hatten Sie da besondere Einnahmen noch im Fokus, die dann aber nicht gekommen sind? Oder wie darf ich verstehen, dass es hier im Oktober schon quasi steht, wo das Jahr enden wird, was das Ergebnis der Haushaltsführung anbetrifft?

Herr Bürgermeister Geier

Also, ich habe nie, da kann ich mich nicht daran erinnern, von Optimismus gesprochen. Sondern die Diskussionen, die wir hier im Finanzausschuss geführt haben, waren immer so, dass die Haushaltslage angespannt ist. Und das soll jetzt nicht rechtfertigend gemeint sein, aber gucken Sie sich auch mal die anderen Städte in Deutschland an, die für 2024 ein schlechtes Ergebnis einfahren. Und was mir natürlich nicht gefällt, ist, dass dieses Minus, das im Jahr 2024 entsteht, recht hoch ist. Das finde ich nicht prickelnd.

Was die Bezugnahme auf Oktober angeht, da verweise ich ja auch immer auf die Diskussion, die hier geführt wird, dass das eine Stichtagsbetrachtung ist. Und wenn ich noch ein ganzes Quartal habe, da kann durchaus, positiv wie negativ, noch das eine oder andere passieren. Also, zum Beispiel in dem Fall war ja noch die Steuerschätzung November zu erwarten. Oder die Frage, wie letztendlich auch Zahlungen aus den Bundes- und Landesmitteln im vierten Quartal ablaufen.

Was die Dynamikpositionen angeht: Die sind im Sozialbereich, da haben wir auf Grundlage einer Diskussion hier im Finanzausschuss für Hilfen zur Erziehung eine Budgetierung oder das so abgebildet, wie das hier diskutiert war, mit einer Größenordnung von 82 Millionen Euro, ich glaube in 2027. Das heißt also, das haben wir auch eingebaut.

Und jetzt kommt aber halt genau der springende Punkt, dass ich bei Sozialleistungen unabhängig von einer haushalterischen Deckung sozusagen im Vollzug bin. Da kann sicher Frau Brederlow im Detail viel mehr dazu sagen. Das heißt also, ich muss diese Zahlungen leisten, auch wenn ich für den Moment keine Deckung habe. Und irgendwann kommt der Zeitpunkt, wo ich auch in einem Prozedere eines Nachtragshaushaltes nichts mehr machen kann. Und das ist dann sozusagen im November so, also nach dieser Auswertung im Oktober. Da kann ich nicht mehr viel erzielen und erreichen. Und ich möchte darauf hinweisen, dass wir in der Haushaltsausführung 2024 außerdem auch mit sozusagen Sperren im Haushaltsvollzug gearbeitet haben. Also, das haben wir alles sozusagen nach bestem Wissen und auch in entsprechender Information hier im Finanzausschuss mitgeteilt.

Und zu der Frage, wann ich das wusste, da kann ich dazu sagen: Das haben wir hier sehr oft diskutiert, dass es im Rahmen von Jahresabschlussarbeiten umfangreiche Jahresabschlussbuchungen gibt, die ein Ergebnis, Stichwort Rückstellungen zum Beispiel, positiv oder negativ oder belastend quasi verändern können. Und nachdem ich erfahren habe, wie die Zahlen da aussehen, habe ich sofort verwaltungsintern, das war mit Datum vom 26. März, eine entsprechende Aufforderung an alle Geschäftsbereiche, an alle Beigeordneten verschickt: Leute, wir haben hier schlechte Zahlen, das rollt auf uns zu. Ich erwarte von euch, dass ihr vorausschauend für die nächste Planung einen entsprechenden Konsultierungsbeitrag liefert.

Herr Raue

Fragesteller 1.

Fragesteller 1

Vielen Dank erstmal. Die unwegbaren Positionen, die Sie im Sozialbereich ansprachen, Herr Bürgermeister, die habe ich nicht aufgegriffen. Das ist sicherlich der noch schwierige Teil vom Geschäft. Ich habe auf Steuern und Abgaben gezeigt, und die sind ja zu einem guten Teil kalkulierbar. Also, da sehe ich das eigentliche Problem, und ich habe im Oktober nicht in den Controllingbericht geschaut. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass das so kritisch war. Also, der wurde immer aufgerufen, Herr Dr. Meerheim ist da immer dran, Herr Dr. Lochmann habe ich in Erinnerung, andere auch. Aber dass das so kritisch und so deutlich formuliert wird, wie ich es hier jetzt in der Nachschau gefunden habe, daran habe ich keine Erinnerung.

Hätte man nicht an dieser Stelle bezüglich der Haushaltsfindung 2025 schon einen namhaften Betrag einpreisen müssen in den Haushalt 2025, um das, was an Defizit stehen bleibt nach Auflösung diverser Rücklagen, sozusagen in den neuen Haushalt schon aufzufangen? Weil heute ist der Nachtragshaushalt auf der Tagesordnung. Auch wieder ein schön höherer Betrag. Ein Teil davon ist ja sicherlich vorgesehen, dieses Defizit dort auszugleichen. Oder habe ich das falsch verstanden?

Herr Bürgermeister Geier

Das hier mit dem Nachtragshaushalt, da bitte ich darum, dass wir das vielleicht dann bei dem Tagesordnungspunkt ausführlich diskutieren. Also das, was sozusagen im Jahresabschluss passiert, hat nicht eins zu eins mit dem Liquiditätsbedarf zu tun.

Nochmal zur Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist genauso wenig kalkulierbar wie die Entwicklungen in den Sozialausgaben oder im Sozialbereich. Das ist ein Trugschluss. Sondern ich muss, machen wir es nochmal ganz konkret an dem Beispiel, also was

kalkulierbar ist, ist Grundsteuer. Klammer auf, dieses Jahr mit dem Sonderfall Grundsteuerreform. Aber ich weiß, was ich für Grundstücke habe, da kommt ein kleiner Teil an Grundstücken neu dazu oder geht ab oder irgendwie sowas. Das ist kalkulierbar. Grundsteuer A.

Gewerbsteuer ist nicht kalkulierbar, weil ich nicht weiß, was die Gewerbebetriebe für eine Auftragslage haben, was sie für Abschreibungsmöglichkeiten haben, steuerlich, wie es sozusagen bei der wirtschaftlichen Entwicklung ist, die auf die Gewerbebetriebe in Halle sich auswirken. Und das heißt also, dort arbeitet man mit Annahmen. Und die Annahme, das habe ich auch schon hier x-mal erklärt, speist sich aus zwei Quellen, nämlich aus einer konkreten Gewerbesteueranlagung hier in der Stadt, also wo wir quasi die Zahlen nehmen, die wir kennen. Zweite Quelle aus einer Beimischung von Ableitungen aus der Steuerschätzung. Und daraus entwickelt sich dann der Planansatz für Gewerbsteuer. Und das ist sozusagen eine bestmögliche Fixierung eines Betrages.

Und jetzt kam bei der Gewerbsteuer noch der Sonderfall dazu, dass durch Stadtratsentscheidung sieben Millionen mehr draufgeschlagen wurden. Das will ich jetzt nicht als Kritik verstehen, aber das trägt ja dann auch dazu bei, dass sozusagen ein Ergebnis entsprechend schlechter wird.

Also, das heißt, um es mal klar zusammenzufassen: Unser Problem strukturell im Haushalt ist nicht Personal. Da können Sie über Jahre nachschauen, dass die Personalkosten immer im geplanten Bereich sind. Und dass deshalb auch Tarifierhöhungen, dass da genügend Puffer da ist, um Tarifierhöhungen abzugleichen. Unser Problem ist nicht die laufende Bewirtschaftung. Also, das heißt, der ganze Betrieb der Verwaltung, Büroausstattung, also Telefonie, Papier etc. Es gibt an der einen oder anderen Stelle berechtigt die Kritik, dass man zu wenig in den Unterhalt steckt, siehe Straßen. Das ist ein Punkt, über den man diskutieren kann und diskutieren muss. Das haben wir weitestgehend im Griff und wir haben ein wirklich sehr gutes Management, was trotz steigender Zinsen quasi unsere Kassenkredite und die Investkredite angeht. Da kann ich nachher auch gern nochmal was dazu sagen.

Ich möchte nochmal in Erinnerung rufen: Von unserem Kassenkreditbedarf, also 377 Millionen und jetzt 103 Millionen dazu, haben wir 210 Millionen zu einem Zinssatz von 0,55 auf 30 Jahre festgebunden. Das heißt also, die Hälfte des Kassenkreditbedarfs ist bei 0,55 Prozent. Und das noch 28 Jahre lang, oder 27 Jahre. Das heißt also, das ist auch keine, sozusagen in dem Sinn, keine dynamische Größe, der eine Teil des Kassenkreditbedarfs. Aber ich kann das nachher nochmal ausführlicher schildern.

So, das heißt also, die Dynamik, und es ist in anderen kreisfreien Städten auch so, ist bei der Frage, wie ist das Steueraufkommen und wie entwickelt sich der Sozialbereich. Das sind die zwei Größen. Und bei der Steuer, nicht nur bei der Gewerbsteuer, das habe ich vergessen, es gibt noch den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Ich wiederhole es nochmal gern: Alles, was im Bund eingeht an Umsatzsteuer und Einkommensteuer, wird über ein maximal kompliziertes Berechnungsverfahren mit Freibeträgen, mit Abstufung der Größe der Städte und so weiter und so fort, mit Verteilung für alle 11.000 Städte den einzelnen Städten zugewiesen. Ich kann nicht bis auf die Kommastelle genau sagen, wie dann je nach Aufkommen der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer, was hier bei uns ankommt, sondern ich kann mit einem Richtwert arbeiten, den ich sozusagen als plausibel einschätze. Auch das haben wir oft genug diskutiert.

Also, das heißt, wenn ich sozusagen, wenn wie im Jahr 2024 quasi ungünstige Rahmenbedingungen zusammenkommen, und das sage ich jetzt mal, zum Beispiel auch die Zollpolitik von Donald Trump kommt irgendwann mal im kommunalen Bereich an. Aber wie

soll ich das beeinflussen? Ich kann das nicht. Und ich kann Ihnen auch nicht sagen, mit welchem Betrag das bei uns ankommt. Aber selbstverständlich hat das Auswirkungen auf Betriebe und schmälert dann wieder Umsatz und Ertrag und Gewerbesteuer. Also, nur um das mal so zu veranschaulichen.

Die zentralen Punkte sind die Einnahmeseite Steuern. Zweitens, was wir aus Bundes- und Landesgesetzen nicht bekommen. Ich sage es sehr gern nochmal. 89 Millionen bekommen wir dann nicht. Das ist eine Zahl von 2023. Sie stellen sich alle mal vor, die würden wir bekommen, weil wir Bundes- und Landesgesetze erfüllen. Da würde es ja ganz anders aussehen. Und der zweite Bereich ist auf der Ausgabenseite insbesondere der gesamte Sozialbereich. Das ist nicht nur in Halle so. Das ist also sozusagen ein ganz vereinfacht ausgedrückter Abriss.

Jetzt zu der Frage, was man 2025 macht, wie man das plant. Ich möchte daran erinnern, dass die Entscheidung, was in einen Haushaltsplan reinkommt, im Mai, Juni des Vorjahres getroffen werden muss. Das heißt also, wenn ich rechtzeitig einen Haushaltsentwurf im September vorlegen will, dann muss ich spätestens Ende Juni mit dem Zahlenwerk in der Verwaltung durch sein. Und das heißt also, im Juni 2024 war diese Entwicklung des Jahres 2024 so noch nicht abzusehen. Und insofern geht es halt jetzt darum, da komme ich nachher auch bei der Nachtragshaushaltssatzung dazu, dass man möglichst ein Jahr überspringt. Also, das heißt nochmal das Jahr 2025 versucht, vernünftig zu managen und die Erkenntnisse aus 2025, die man bis jetzt hat, also bis Sommer 2025 hat und das Ergebnis aus 2024 in ein Konsolidierungspaket reinzupacken und das für 2026 nicht zu diskutieren. So ist da die Situation.

Herr Raue

Bitte, noch eine Frage.

Fragesteller 1

Vielen Dank. Es tut mir leid, dass ich Ihnen jetzt so viel Zeit maue in der Einwohnerfragestunde. Sie hätten sicherlich dieselben Punkte nachher aufgerufen, dahingehend bin ich da beruhigt.

Was ich noch nicht so richtig rausgehört habe, Sie haben angeschnitten, Konsolidierungspaket. Herr Bürgermeister, die Presse sitzt hier, Einwohnerschaft ist da, alle reden darüber. Wir haben die Zahlen gehört. Stimmen denn die 37,7 Millionen als Größenordnung? Wir müssen nicht um ein bis zwei streiten, die dann tatsächlich irgendwo als Zuschussbedarf, als Defizit übrigbleiben. Und wie werden die dann finanziert? Was hat die Einwohnerschaft zu erwarten? Also, wir haben hier in diesem Ausschuss schon mal über Gebührensatzung gesprochen und dass also in diesem Kontext sozusagen Novellen zu erwarten sind. Viele sind auch fällig schon seit mehreren Jahren. Das ist also das übliche Geschäft. Was darf die Einwohnerschaft denn an den besonderen Punkten, zum Beispiel Grundsteuer, erwarten? Hebesatz ist ja jetzt vom Tisch. CDU hat den Antrag auf Februar 2026 vertagt. Ich denke, diese Hebesätze bleiben so. Wird dieses Konsolidierungspaket denn nach unten greifen? Was die Einwohnerschaft interessiert, sag ich jetzt mal, ist doch die Frage: Werden wir diese Suppe jetzt auslöffeln, indem wir mit höheren Steuern und Abgaben belegt werden? Und Beiträge wollen wir auch nicht vergessen. Sie wissen, was das für einen Unmut erzeugt hat. Weil dieses Nachsteuern bei der Kita-Beitragssatzung im Block eben einen großen Betrag gegeben hat. Also, worauf dürfen wir uns da einstellen?

Herr Bürgermeister Geier

Der Mehrbedarf bei Kitas für die Freien Träger im Jahr 2024 waren rund 20 Millionen Euro. Nur Freie Träger. Und jetzt setzen Sie jetzt mal bitte ins Verhältnis zu 3,8 Millionen, die die Verwaltung vorgeschlagen hat.

Und wie gesagt, ich will das nicht kritisieren, aber es ist ein gutes Beispiel, um die Situation darzustellen. Zwei Jahre Diskussion über diese Erhöhung, ich rede jetzt nicht inhaltlich, nur finanziell, bedeutet zweimal 3,8 Millionen weniger Liquidität. Das heißt also, alles, was hier an Vorgängen diskutiert wird und nicht entschieden wird oder wo man sich Zeit lässt, geht alles auf Liquidität. Und die Verwaltung kann das eine Zeit lang sozusagen kompensieren durch Steuerung, aber irgendwann ist ein Punkt erreicht, da kann sie es nicht mehr. So, jetzt verstehen Sie sicherlich, dass ich hier nicht anfangen, heute am 20. Mai, und sozusagen mal da eins oder zwei mögliche Maßnahmen in den Raum werfe. Das ist in der Verwaltung jetzt so besprochen, dass wir ein Paket diskutieren, mit allen Beigeordneten und mit dem Oberbürgermeister. Und dieses Paket bekommt dann der Stadtrat zur Diskussion.

Ende des Wortprotokolls

zu 3.2 Fragesteller 2 zur HAVAG

Fragesteller 2 fragte, wie hoch die Förderquote für die Anschaffung der Busse und wie hoch die Förderquote für die Schaffung der Infrastruktur ist.

Herr Bürgermeister Geier beantragte das Rederecht für Herrn Schwarz.

Es gab keine Einwendungen gegen das Rederecht.

Herr Schwarz antwortete, dass die Landesverkehrsgesellschaft den Auftrag hat, ein Förderprogramm zu entwickeln. Dieses muss man noch abwarten, um genaue Aussagen zu treffen. Man geht davon aus, dass es ähnliche Förderquoten gibt wie bei der Beschaffung der ersten drei Elektrobusse, die seit 2022 in Betrieb sind. Die Förderquote lag für die Differenzkosten der Fahrzeuge zwischen einem Diesibus und einem Elektrobus bei 80 %, sowie bei 80 % für die Infrastruktur.

Fragesteller 2 fragte, ob in der weiteren Bewirtschaftung der Fahrzeuge die erhöhte CO₂-Belastung und die erhöhte Steuerlast für den Dieselmotorkraftstoff mit eingerechnet sind.

Herr Schwarz sagte, dass die nächste Fahrzeugausschreibung erst zum Ende dieses Jahrzehnts liege und man davon ausgehe, dass die Technologie der Fahrzeuge dann so weit sei, dass die Elektrobusse ausschließlich vollelektrisch verkehren und keine Zusatzheizung mit Heizöl oder Dieselmotorkraftstoffen nötig sei.

zu 3.3 Fragesteller 3 zum Haushalt

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Raue wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt

Herr Raue

Als Fragesteller habe ich den Fragesteller 3. Kommen Sie ans Mikrofon. Sie haben das Wort.

Fragesteller 3

Herr Geier hatte ja eben schon einen Hinweis gebracht auf Donald Trump. Aber ich hoffe, dass Donald Trump nicht verantwortlich ist für die Fehler der Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren.

Der Mieterrat Halle ist entsetzt über das Verhalten der Stadtverwaltung auf dem KdU-Sektor. KdU, für diejenigen Leute, die die Abkürzung nicht kennen: Kosten der Unterkunft. Wir sehen auf dem Sektor der KdU eine erhebliche Verletzung des Gebotes der Sparsamkeit. Wir sehen eine sträfliche Vernachlässigung der haushaltsrechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Stadtverwaltung. Konkret, aufgrund unserer Modellrechnungen, die wir den Beigeordneten Geier, Brederlow und Rebenstorf im Jahr 2021 präsentierten, ergibt sich ein Verlust oder eine Verschwendung, um es noch deutlicher zu sagen, von nahezu 5 Millionen Euro jährlich. Wieso ergibt sich diese Verschwendung? Diese Verschwendung resultiert aus dem sogenannten Konzept, nach dem die Stadtverwaltung seit Jahren arbeitet. Was heißt das? Es wird berechnet, der Quadratmeter Mietpreis nach Anzahl der Köpfe, wie in einem Hotel: Je mehr Leute in einem Zimmer, umso höher der Mietpreis. Was hat das mit der Realität zu tun? Wir haben einen Mietspiegel, einen qualifizierten Mietspiegel, seit zwei, drei Jahren. Aus dem Jahr 2010 gab es auch noch einen. Und der legt genau fest, wie der Quadratmeterpreis sein könnte und sollte. Diese Zahlen des qualifizierten Mietspiegels weichen in erheblichem Maße ab von den Zahlen, die das sogenannte Konzept darlegt. Es sind Unterschiede, ich möchte es an Beispielen, und das sage ich Ihnen mit hanseatischem Understatement, von 2,70 Euro, 2,75 Euro den Quadratmeter. Und wenn Sie 5.000 Mieteinheiten von einem Vermieter haben, mit durchschnittlich 60 Quadratmetern Wohnung, dann kommen Sie auf eine Zahl von nahezu 5 Millionen, die die Stadtverwaltung mit beiden Armen rausschmeißt. Wir haben die Beigeordneten auf diese Situation hingewiesen. Wir selber haben mehrfach bei Frau Brederlow in Gesprächen nachgefasst. Es wurde uns versprochen, der Sache nachzugehen, Personal sollte eingestellt werden. Es war erfreulich zu hören, Herr Geier, dass Personal genügend vorhanden ist. Geschehen ist in diesen dreieinhalb Jahren nichts. Im Gegenteil, bei meiner letzten Ansprache vor einem Jahr wurde ich von Frau Brederlow beschimpft.

Und dies ist nicht nur bei den Fixkosten, sondern noch schlimmer ist es bei den Mietnebenkosten. Das neueste Beispiel bringe ich Ihnen gerade mit. Einer der großen Vermieter mit 5.000 Wohnungen berechnet plötzlich eine Gebäudeversicherung für eine Vierzimmerwohnung: 431 Euro. Andere solide Vermieter, größere Vermieter, liegen bei 72 und 80 und 88 Euro. Das ist ein Unterschied, wenn Sie es hochrechnen, für einen Mieter, eine dreizehnte Wohnungsmiete.

Herr Raue

Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

Fragesteller 3

Und diese hohen Kosten werden von den Gästen und Kunden des Sozialamtes und des Jobcenters anstandslos übernommen.

Ich fasse zusammen. Aufgrund der laxen Handhabung der KdU-Berechnung verliert die Stadt jährlich ungefähr 6 bis 7 Millionen. Und diese negativen Beispiele werden übertragen und machen sich bemerkbar auf die Gestaltung des neuen Mietspiegels.

Meine Frage: Herr Geier, sind Sie auch der Meinung des Sozialministeriums Magdeburg, dass das jetzige Konzept abgelöst werden sollte durch den Mietspiegel? Wir haben diesen Vorschlag vom Sozialministerium schriftlich. Darüber hinaus haben wir dieses Problem mit dem Deutschen Städtetag in Köln besprochen. Ergebnis: Denselben Weg, den ich Ihnen eben jetzt vorschlug, sollten Sie auch gehen. Sind Sie bereit, hier einen Paradigmenwechsel in dieser Stadt endlich durchzuführen?

Herr Raue

Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Ja, auch wenn man es immer wieder behauptet, es wird nicht wahrer. Also, zum einen: Das schlüssige Konzept, nach dem wir hier arbeiten, ist professionell erstellt. Im Übrigen ist das letzte schlüssige Konzept in Anlehnung an den Mietspiegel erstellt, was aus der Beschlussvorlage auch eindeutig hervorgeht. Das zum Ersten.

Fragesteller 3

Darf ich gleich darauf antworten?

Frau Brederlow

Nein, jetzt antworte ich. Es sei denn, der Vorsitzende entzieht mir das Wort.

Herr Raue

Nein, das macht er nicht.

Frau Brederlow

Das schlüssige Konzept ist eine Vorgabe, die aus dem Sozialgesetzbuch II hervorgeht. Sie haben recht, es gäbe auch andere Möglichkeiten. Wenn ein qualifizierter Mietspiegel vorliegt, so wie es jetzt der Fall ist, kann man auch den anwenden. Dann gilt aber das Wohngeldgesetz automatisch. Ob das für uns preiswerter wird, ist zumindest in Frage zu stellen.

Was die Darstellung der KdU-Sätze angeht: Ja, es wird auf Personen berechnet, aber darunter werden auch Quadratmeter durchaus abstrakt dargestellt. Und nicht, wenn je mehr Leute auf weniger Quadratmetern sind. Ja, dann haben die den Anspruch auf die Pauschale, aber auch das wird durchaus kontrolliert, weil natürlich darf eine Überbelegung von Wohnungen auch nicht stattfinden. Da gibt es auch Regeln dafür. Das ist also auch klar.

Der Einzelfall, den Sie jetzt genannt haben, wäre schön, wenn Sie den entsprechend zuleiten, weil da habe ich auch immer darauf aufmerksam gemacht: Wenn solche Sachen auffallen, dann bitte den Hinweis durch diejenigen, die den Vertrag abgeschlossen haben, das sind die Mieter in dem Falle. Dann kann auch dagegen vorgegangen werden.

Und im Übrigen: Der Jahresabschluss KdU im letzten Jahr sieht auch durchaus eine Einsparung, weist die aus, weil jetzt tatsächlich ausreichend Personal da ist und wir auch entsprechend da intensiver nachgehen, beraten in der Stadtverwaltung. Das betrifft jetzt das Sozialamt. Und beim Jobcenter haben wir auch immer wieder, da gibt es ja die entsprechende Stelle auch, die entsprechende Ordnungswidrigkeiten, nenne ich sie jetzt mal, oder Verstöße auch kontrolliert. Der Kontrolldienst dort, der ist auch erfolgreich, gerade an der Stelle KdU, das wird auch regelmäßig immer wieder ausgewiesen. Das sind jetzt nicht Millionenbeträge, aber es läppert sich schon zusammen. Ja, natürlich kann man entscheiden, sich an den Mietspiegel zu orientieren, aber ob das tatsächlich eine Einsparung bringt, steht in Frage.

Fragesteller 3

Frau Brederlow, Sie haben mich in keinerlei Weise überzeugt. Im Gegenteil, Sie haben eine Katastrophe nur schön geredet. Sie sprechen von Einzelfällen. Hier geht es nicht um Einzelfälle, hier geht es um Hunderte und Tausende von Mietern. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Auf dieser Basis von Hunderten und Tausenden von Mietern sollten Sie mal Ihren Computer anstellen und mal überprüfen, wer über dem Mietspiegel überhaupt Niveau liegt. Das ist der erste Hinweis.

Sind Sie der Meinung, Frau Brederlow, dass Sie mehr wissen als die Herrschaften im Sozialministerium, die ausdrücklich schriftlich diesen Hinweis auf den Mietspiegel gegeben

haben und nicht dieses Konzept, was Sie bis jetzt hier resultieren. Sie sollten bitte auch mal zur Kenntnis nehmen, dass wir in Halle einen Sonderstatus haben. Wir haben in Halle einen Mietermarkt, soll heißen, das Angebot an Wohnungen ist viel, viel größer als die Nachfrage.

Herr Raue

Noch eine Nachfrage.

Wir müssen entweder noch eine Frage stellen oder wir müssen es das nächste Mal fortsetzen.

Fragesteller 3

Herr Raue, vielen Dank für den Hinweis.

Angesichts der Notlage dieser Stadt, Herr Geier, bitte ich um Aufnahme und Prüfung des KdU-Konzeptes, wie es sich jetzt darstellt. Wir schlagen vor, den qualifizierten Mietspiegel als Basis für die Berechnungen der KdU-Sätze zu nehmen.

Ende des Wortprotokolls

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.04.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 22.04.2025.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.04.2025
Vorlage: VIII/2025/01148**

Herr Raue wies darauf hin, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.04.2025 vor dem Kleinen Saal zur Einsichtnahme aushängen und im Ratsinformationssystem digital einsehbar sind.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Förder- und Abschöpfungsvertrag mit der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: VIII/2025/01136**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Raue** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister den beigefügten Förder- und Abschöpfungsvertrag für das Vorhaben „Nacherschließung Industriegebiet Star Park A14“ abzuschließen.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister beigefügten Förder- und Abschöpfungsvertrag für die „Nacherschließung Schienenanbindung Star Park A14“ abzuschließen.

zu 6.2 Nachtragshaushaltssatzung 2025 Vorlage: VIII/2025/01153

Herr Bürgermeister Geier führte in die Beschlussvorlage ein. Er wies auf aktuelle Probleme hin und sagte, dass aufgrund eines schlechten Jahresabschlusses und weiterer Faktoren die Verwaltung den Liquiditätsrahmen nicht mehr einhalten kann. Ab Juni wird der genehmigte Kreditrahmen voraussichtlich dauerhaft überschritten. Um den Worst Case zu vermeiden, soll der Kreditrahmen vorübergehend erhöht werden, was mit dem Landesverwaltungsamt grundsätzlich abgestimmt ist. Es ist geplant, die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2024 und Prognosen für 2025 in ein Konsolidierungspaket zu packen, das dann mit dem Haushalt 2026 beschlossen wird. Das würde verhindern, dass man ständig kurzfristig nachbessern muss.

Herr Raue fragte, ob das Landesverwaltungsamt der Beschlussvorlage so folgen kann und nicht der Haushalt gestoppt wird.

Herr Bürgermeister Geier bejahte dies. Er sagte, dass aber seitens der Verwaltung erwartet wird, dass mit der Genehmigung des Haushalts auch strenge Auflagen auferlegt werden. Er wies darauf hin, dass die Stadt in den kommenden Jahren wahrscheinlich nahe am Worst-Case-Szenario bleiben wird, und betonte die Dringlichkeit, jetzt Konsolidierungsmaßnahmen zu definieren.

Herr Raue fragte, welche Möglichkeiten die Stadt hat, um vom Land oder Bund die Zahlung der 89 Millionen Euro zu fordern, die laut Konnexitätsregeln eigentlich an die Stadt gezahlt werden müssten.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass das strukturelle Problem darin besteht, dass die Stadt jedes Jahr 89 Millionen Euro zusätzlich aufbringen muss, was auf Dauer kaum zu bewältigen ist. Er betonte, dass dieses Problem dringend angegangen werden muss, um die finanzielle Stabilität der Kommunen zu sichern.

Herr Raue bezog sich auf Sozialleistungen, die ein wichtiger Teil unseres Wohlstands sind, und kritisierte die zugelassene Zuwanderung in den letzten zehn Jahren. Er sagte, dass der Bund viel Geld für die Kosten der Migration ausgibt, was die finanziellen Ressourcen belastet.

Herr Nistriple sagte, dass die 103 Millionen Euro, die aktuell anfallen, durch verschiedene Gründe verursacht werden. Dazu gehört die Belastung des städtischen Haushalts durch die Corona-Pandemie sowie die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs. Er wies darauf hin, dass im Herbst bereits diskutiert wurde, ob die schlechte wirtschaftliche Entwicklung die Gewerbesteuerereinnahmen beeinflussen würde.

Herr Bürgermeister Geier erklärte anhand eines Beispiels, wie sich die Kosten im Laufe der Zeit exponentiell erhöhen können. Er nannte die HzE-Kosten, die von 32 Millionen Euro im Jahr 2006 auf aktuell 82 Millionen Euro gestiegen sind, und betonte, dass dieser Anstieg nicht auf schlechte Arbeit im Sozialbereich zurückzuführen ist, sondern auf die Entwicklung der Fallzahlen und das Kindeswohl. Weiter sagte er, dass alles, was nicht ausgeglichen werden kann – etwa durch Corona-Hilfen oder andere Maßnahmen – in die Liquidität der Stadt fließt.

Herr Schachtschneider fragte, ob mit der Erhöhung des Kassenkreditrahmens um 103 Millionen Euro eine gewisse Vorsorge für 2026 getroffen wurde.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass die Zahlen bereits die bekannten Tarifierhöhungen und den Zensus berücksichtigt haben. Falls sich die Rahmenbedingungen weiter verschlechtern, könnte es notwendig sein, noch einmal nachzusteuern.

Herr Schachtschneider fragte, wann über den Maßnahmenplan, der mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt ist, informiert wird.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass das Landesverwaltungsamt über das geplante Verfahren informiert und dass das weitere Vorgehen grundsätzlich abgestimmt wurde. Sobald der Stadtrat die Vorlage beschließt, wird das Landesverwaltungsamt voraussichtlich eine Genehmigung oder Nichtbeanstandung erteilen. Dabei sind zwei Hauptpunkte wichtig: Zum einen wird der höhere Kassenkreditrahmen bestätigt, zum anderen wird verlangt, dass mit dem 2026er Haushalt ein neues Konsolidierungskonzept vorgelegt wird. Dieses soll im September im Stadtrat vorgestellt werden, um die Liquidität zu steuern und den Haushalt entsprechend anzupassen. Er sagte, dass ab 2025 ein strengeres Controlling-Regime eingeführt wird, um die Haushaltsentwicklung zu überwachen.

Frau Wolff erklärte, dass Kassenkredite in der Regel für maximal zwei Jahre aufgelegt werden dürfen. Dies sind Pakete von 10 Millionen Euro, je nachdem, wann die abgeschlossen wurden. Die Zinsen belaufen sich im Durchschnitt aktuell auf drei Prozent für den Overnight-Kredit.

Herr Kehrwieder erinnerte an eine frühere Debatte, bei der über 150.000 Euro-Ausgaben gestritten wurde, und verglich das mit der heutigen Situation, in der 103 Millionen Euro Kredite genehmigt werden sollen. Er äußerte seine Zustimmung zur Vorlage, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Er forderte, dass bei zukünftigen Haushaltsberatungen und im Haushaltskonsolidierungskonzept ehrlich und realistisch vorgegangen wird, anstatt auf optimistische Steuerschätzungen zu hoffen. Er betonte die Notwendigkeit, konkrete Einsparungsvorschläge zu entwickeln und offen zu kommunizieren, wo Ausgaben über die Pflichtleistungen hinausgehen, insbesondere im Sozialbereich. Er kritisierte, dass die Stadt nicht genug Einblick in die Finanzen hat, und forderte eine klare Liste mit Vorschlägen, wie Ausgaben reduziert werden können. Er bat um Ehrlichkeit und Transparenz, um zukünftige Haushaltsprobleme zu vermeiden. Außerdem regte er an, den Zuschuss für den öffentlichen Nahverkehr zu überdenken, etwa durch längere Taktzeiten, um Einsparungen zu erzielen. Er betonte, dass alle Fraktionen im Sinne der Stadt handeln sollten.

Herr Dr. Lochmann erklärte, dass der aktuelle Nachtragshaushalt eher eine formale Änderung ist, die die Legitimität des Haushaltsrahmens stärkt. Er betonte, dass dadurch jedoch keine tatsächlichen Änderungen bei den Einnahmen oder Ausgaben erfolgen. Er kritisierte den zeitlichen Ablauf, da Entscheidungen im Juni getroffen werden, obwohl es sinnvoller wäre, bereits jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um zukünftige finanzielle Belastungen zu vermeiden. Er wies darauf hin, dass alles, was in diesem Jahr nicht mehr eingenommen oder eingespart wird, im nächsten Jahr doppelt bezahlt werden muss. Er bezog sich auf die Grundsteuer B, welche bis zum 30. Juni angepasst werden sollte, um die finanziellen Spielräume zu verbessern. Er forderte die Stadtverwaltung auf, jetzt schon aktiv zu werden, um die notwendigen Änderungen vorzunehmen, damit die Stadt finanziell besser aufgestellt ist.

Herr Dr. Wend sagte, dass er die Vorlage grundsätzlich unterstützt, aber die Transparenz dabei kritisch sieht. Er erinnerte daran, dass die Stadt bereits vor 16 Jahren finanzielle Herausforderungen hatte, lange vor der großen Flüchtlingswelle, und betonte, dass die finanzielle Lage damals nicht besser war. Er hob hervor, dass die Stadt in vielen Bereichen wie Sozialarbeit oder Jugendhilfe bereits wenig Ressourcen hat und oft nur mit begrenzten Mitteln arbeitet, und betonte, dass die Stadt grundsätzlich strukturell unterfinanziert ist.

Herr Raue tauschte den Vorsitz mit Herr Dr. Lochmann.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass es notwendig ist, Kreditermächtigungen für Investitionen und Liquiditätskredite zu genehmigen, um den Haushalt zu steuern. Er kritisierte, dass die Kommunen in Deutschland finanziell stark belastet sind, weil die Bundes- und Landespolitik die finanziellen Ressourcen nicht ausreichend bereitstellt. Er bezog sich auf die geplanten steuerlichen Abschreibungsmodelle, die den Gewerbesteuerertrag verringern könnten, was die finanzielle Lage der Kommunen weiter verschärfen würde, und forderte, dass gesamtgesellschaftlich gedacht und gehandelt werden muss, um die Probleme zu lösen. Er sagte, dass drastische Kürzungen in sozialen und kulturellen Bereichen zu erheblichen gesellschaftlichen Spannungen führen könnten.

Herr Kehrwieder stimmte den Aussagen zu, dass die Stadt durch Landes- und Bundesebene nicht genug ausgestattet wird. Er wies darauf hin, dass man in der Stadt Halle nicht die strukturellen Probleme der Bundesrepublik und des Landes Sachsen-Anhalt lösen kann.

Frau Dr. Wünscher stimmte im Namen ihrer Fraktion der Vorlage zu. Sie betonte, dass schon lange auf unsere strukturellen Defizite hingewiesen worden war und dass wir uns bei allen letzten Haushalten, die wir beschlossen haben, wissend selbst in die Tasche gelogen haben.

Herr Dr. Wend bezog sich auf seine Arbeit im sozialen Bereich und wies darauf hin, dass es bei Kürzungen der HZE-Kosten zu Problemen kommen wird.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die Steuererhöhungen und sagte, dass die Stadt nicht darum herumkommen wird. Er kritisierte, dass auf Bundesebene nicht von allen Fraktion Druck gemacht wird.

Herr Sehrndt sagte, dass die Steuer nicht dazu da ist, alle Mängel auszugleichen, dies es offensichtlich an vielen Stellen gibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Lochmann** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt

1. die Erhöhung des unter dem § 4 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025, die am 29.01.2025 vom Stadtrat beschlossen und im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) Nr. 6 vom 14.02.2025 öffentlich bekannt gegeben wurde, festgelegten Höchstbetrags an Liquiditätskrediten in Höhe von 377.000.000 EUR um 103.000.000 EUR auf 480.000.000 EUR.
2. die in der Anlage beigefügte Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2025.

**zu 6.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2025 im Fachbereich Bildung für die Rückzahlung von Fördermitteln für Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VIII/2025/01052**

Frau Brederlow führte in die Beschlussvorlage ein und sagte, dass es sich dabei um die Kitasozialarbeitsstellen handelt, die nicht besetzt werden konnten.

Herr Dr. Wend sagte, dass es schade ist, dass die Stellen nicht besetzt sind. Er fragte, ob dies auch etwas mit der Halbierung der Stellen zu tun hat.

Frau Brederlow sagte, dass man bei den Trägern konkret nachfragen müsste, warum die Stellen nicht besetzt werden konnten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Lochmann** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2025 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1093)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 246.495 EUR.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

25_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1097)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 246.495 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1093)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 246.495 EUR.
Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

25_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1097)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 246.495 EUR.

**zu 6.4 Baubeschluss für die Maßnahme „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campushaus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00986**

Herr Sehrndt erklärte, dass er gegen den Abriss des Hochhauses ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Lochmann** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Teilabbruch des Hochhauses, die Sanierung des Bestandsgebäudes und den Ergänzungs-/ Erweiterungsbau für das künftige außerschulische „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campushaus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße 13, zu einer Gesamtbausumme von 14.703.000,00 € (brutto).

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einsparungen bei der HAVAG durch den Einsatz von Herbiziden
Vorlage: VIII/2025/00943**

Herr Sehrndt führte in den Antrag seiner Fraktion ein und wies darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Herr Rebenstorf bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung und erklärte, dass man die Diskussion abwarten möchte.

Herr Schwarz sagte, dass der Einsatz von Herbiziden günstiger als der Einsatz der mechanischen Unkrautbekämpfung ist. Bis 2020 wurde Glyphosat eingesetzt, was damals auch unumstritten als entsprechendes Unkrautbekämpfungsmittel war. Er erklärte, dass es eine Unternehmensentscheidung war, dies nicht mehr zu verwenden. Er wies auf die Kosten

hin, die sich beim Einsatz von Herbiziden auf rund 16.000 Euro pro Jahr belaufen haben. Die Umstellung auf mechanische Verfahren ist ökologisch sinnvoll, aber finanziell fünffach teurer. Er betonte, dass das Haushaltsvolumen für die Unkrautbekämpfung trotzdem konstant geblieben ist, da die HAVAG inzwischen weniger Maßnahmen durchführt.

Herr Nistripke bezog sich auf eine bestimmte Stelle vom Glauchaer Platz hoch zur Saline, wo öfter die Straßenbahn mit zugewachsenen Büschen kollidiert. Er fragte, ob man solche Stellen kostengünstiger und besser mit Herbiziden bekämpfen kann.

Herr Schwarz erklärte, dass man zwischen zwei Dingen unterscheiden muss. Einmal das Unkraut im Gleis, wo die HAVAG die Pflicht hat, dieses Unkraut zumindest so weit zu beseitigen, dass ein sicherer Verkehr durchgeführt werden kann. In dem von Herrn Nistripke angesprochenen Fall, hat der Eigentümer das Grün zu entfernen. Dieser wird durch die HAVAG aufgefordert, dies zu beseitigen.

Er erklärte, dass durch die HAVAG eine reine Verkehrssicherung durchgeführt wird, um die Weiterfahrt der Straßenbahn zu ermöglichen. Grundsätzlich sind die Eigentümer aber in der Pflicht.

Herr Nistripke zog im Namen seiner Fraktion den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung prüft in Zusammenarbeit mit der HAVAG, ob der Einsatz von Herbiziden gegenüber der aktuellen Freihaltung des Gleiskörpers mittels Freischneidern und Heckenscheren kostengünstiger wäre.
2. Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Stadtrat bis Oktober 2025 vorgelegt. Dabei werden mindestens jeweils die Gesamtkosten ausgewiesen und gegenübergestellt.

zu 7.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) für eine Kompensation der Mehrbelastungen für Grundstücksbesitzer durch die Grundsteuerreform
Vorlage: VIII/2025/00819

Frau Dr. Wünscher stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages bis Ende Februar 2026.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Dr. Lochmann bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Geschäftsordnungsantrag: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang die Grundsteuerreform zu Mehrbelastungen für private Grundstückseigentümer und Pächter in Halle (Saale) führt. Dabei sind insbesondere die Auswirkungen auf:

- selbstgenutztes Wohneigentum,
 - vermietete Wohnimmobilien,
 - unterschiedliche Einkommensgruppen darzustellen.
2. Auf Basis dieser Analyse soll die Verwaltung konkrete Vorschläge erarbeiten, wie unverhältnismäßige Belastungen durch eine Anpassung der "Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)" ausgeglichen werden können.
 3. Die Ergebnisse der Prüfung sowie die erarbeiteten Handlungsoptionen sind dem Stadtrat bis zur Sitzung im **Februar 2026** Mai-vorzulegen.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Berichterstattung zu befristeten Stellen der kommunalen Unternehmen** **Vorlage: VIII/2025/01126**

Herr Schachtschneider fragte zur Übernahme der 11 Auszubildenden und 30 befristeten Fachkräfte im Eigenbetrieb Kita.

Frau Brederlow erklärte, dass die Arbeitsverträge der befristeten Fachkräfte auslaufen, da die Kinderzahlen rückläufig sind. Weiter sagte sie, dass die Auszubildenden nicht übernommen werden und wies darauf hin, dass diese jedoch in anderen Bereichen der Jugendhilfe eingesetzt werden können.

zu 8.2 **Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2025 im Fachbereich Bildung für die Schülerbeförderung** **Vorlage: VIII/2025/01144**

Frau Brederlow führte in die Vorlage in.

Herr Dr. Meerheim erkundigte sich nach dem Gesamtbetrag der zur Verfügung stehenden Mittel.

Herr Frolow antwortete, dass es sich um 1,8 Millionen Euro handelt.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass es aufgrund der erforderlichen Vergabe zwingend notwendig ist, über die Vorlage im Stadtrat zu beschließen. Um den Stadtrat vorab mit einzubeziehen, wurde die Vorlage als Mitteilung im Finanzausschuss eingebracht.

Beschlussvorschlag:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2025 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.24101 Schülerbeförderung (HHPL Seite 928)
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.066.920 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

25_4-510_1 Schulen (HHPL Seite 937)
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 1.066.920 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1093)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.066.920 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

25_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1097)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.066.920 EUR.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage der Stadträtin Frau Dr. Wünscher zu Einnahmen durch die Bettensteuer

Frau Dr- Wünscher fragte, wie viel Geld durch die Bettensteuer eigenommen wurde und für welche Zwecke dieses Geld verwendet wird.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass mit Stand 30.04., 142.000 Euro eingezahlt wurden. Über die Verwendung der Einzahlungen muss im Rahmen der Haushaltsberatungen gesprochen werden.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Herr Kehrwieder zu einem Bauunternehmen aus Landsberg

Herr Kehrwieder bezog sich auf einen MZ-Artikel vom 14.05.2025, in dem veröffentlicht wurde, dass das Bundeskartellamt gegen sieben Bauunternehmen eine Strafe von 10,5 Millionen Euro verhängt hat. Unter anderem auch einem Unternehmen aus Landsberg. Er fragte, ob die Stadt Leistungen von dem Unternehmen bezogen hat und wenn ja, in welcher Höhe, und ob Schadensersatz gefordert werden kann.

Herr Bürgermeister Geier sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Herr Dr. Lochmann zur Ausgleichsstockzahlung vom FAG

Herr Dr. Lochmann fragte, wie die nächsten Schritte für die Beantragung einer Ausgleichsstockzahlung vom FAG aussehen.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass ein Antrag für den Oberbürgermeister vorbereitet wird, welcher dann beim Land eingereicht wird.

zu 10 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Lochmann** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Dr. Mario Lochmann
stellvertretender Ausschussvorsitzender

Anne Malisch
Stellvertretende Protokollführerin